

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 7

Artikel: Die Wasserkräfte der Schweiz in ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft
Autor: Schenkel, H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328672>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mit jenen den Eisenbahnern abgerungenen Zugeständnisse betreffend die Arbeitszeitverlängerung! Fort mit der ganzen Chineserei unserer unsinnigen Hochschutzoll- und Einfuhrpolitik! Fort mit der Verhunzung der Sozialversicherung durch die Bettelalmosenvorlage Schöpfer! Fort auch mit dem Hundertmillionen-Moloch, dem militärischen Paradoxismus! Fort mit dem Monopol zur Verteuerung des Brotes! Fort mit der Ueberwertung und Ueberschuldung des landwirtschaftlich bebauten Bodens! Fort auch mit der künstlich geförderten Auswanderung! Fort mit dem ganzen Regime schweizerischer Rückständigkeiten! Her mit der Ratifikation des Washingtoner Abkommens! Her mit einer wirksamen Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung! Her mit einem fortschrittlichen Gewerbegeetz, einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung, einer einheitlichen schweizerischen Steuerveranlagung mit Aufhebung des Bankgeheimnisses, einer fortschrittlichen Lösung der Ausländerfrage! Wir fordern Sicherstellung des Mieterschutzes, kommunalen und staatlichen Wohnungsbau! Wir fordern das Recht jedes arbeitenden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein, auch wenn dieses Recht kapitalistischen Parasiten sehr wenig behagt. Die Krebserei muß ein Ende haben, es soll wieder vorwärts gehen!

Die Wasserkräfte der Schweiz in ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft.

Von Dr. H. Schenkel, Nationalrat.

Vermöge seiner Lage im Quellengebiet einer Reihe großer Flüsse verfügt das Schweizerland über Wasserkräfte, wie sie nur wenige Länder aufzuweisen haben. Das eidgenössische Amt für Wasserwirtschaft schätzt sie auf rund 4 Millionen P. S. netto bei 15stündiger Ausnützung. Durch Anlage von Staubecken und rationelle Ausnützung könnten die Wasserkräfte nach den Angaben des nämlichen Amtes so ausgenützt werden, daß bis 8 Millionen P. S. zur Verfügung ständen.

Bis 1. Januar 1923 hat der gesamte Ausbau der schweizerischen Wasserwerke eine Stufe erreicht, die eine maximale Leistung von 1,542,000 P. S. gestattet. (Wir entnehmen diese interessanten Daten der Schrift des Herrn Dr. Fritz Bühlmann, Sekretär des Schweizerischen Energie-Konsumentenverbandes.) Unsere Wasserwirtschaft steht also noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung. Wie sich diese weiter gestalten wird, das hängt in der Hauptsache davon ab, wie sich die Absatzmöglichkeit für die bereits gewonnene und noch zu gewinnende Energie findet. Kann die Energie vorteilhaft im eigenen Lande verwendet werden? Soll Energie ins Ausland exportiert werden und unter welchen Bedingungen? Das sind Fragen von einschneidender Bedeutung für unsere Volkswirtschaft, Fragen, die nicht nur die Finanzkreise interessieren, sondern in hohem Maße auch alle anderen Kreise, Arbeiterschaft, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Kleingewerbe.

Auf den ersten Blick scheint der Reichtum an nie versiegender Wasserkraft für die Schweiz ein vollwertiger Ersatz zu sein für deren Armut an anderen Rohstoffen, wie Kohle, Erzen usw. Die Abhängigkeit der Schweiz vom Auslande in der Beschaffung der Rohmaterialien für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft ist bekannt. Unterbindung dieser Zufuhren muß unzweifelhaft zu schwersten Krisen, ja zur Lahmlegung unserer Betriebe führen. Anderseits gehört die Schweiz nicht zu denjenigen Ländern, die sich aus dem Ertrag ihres Grund und Bodens allein zu erhalten vermag. Sie ist darauf angewiesen, durch Export von Industrieprodukten sich die Mittel zum Import der fehlenden Nahrungsmittel und der Gegenstände des täglichen Verbrauches zu beschaffen. Kurz, wir sind in zweifacher Weise vom Ausland abhängig durch die Beschaffung der Rohmaterialien und den Absatz der Produkte unserer Industrie.

Der Export unserer Industrieprodukte seinerseits hängt vom Stande der Konkurrenzfähigkeit unserer industriellen Betriebe mit denjenigen des Auslandes ab. Der Umstand, daß der überwiegende Teil der Rohmaterialien von auswärts bezogen wird, macht die Konkurrenz mit dem sich damit selbst versorgenden Ausland schwierig. So kommt es, daß sich in der Hauptsache die Industrie bei uns nur halten kann, wenn sie Qualitätsware liefert. Qualitätsware wird aber nur von finanziertigen Ländern angekauft.

Nun hat der Weltkrieg die Kaufkraft großer Absatzgebiete, die früher von der Schweiz mit Qualitätsware beliefert wurden, herabgesetzt. Der Import in diese Gebiete ist dadurch schon beinahe unterbunden, kommen dazu noch Sperrmaßnahmen und prohibitiv wirkende Zölle, so muß man alle Hoffnung auf Wiedergewinnung dieser Absatzgebiete für die Schweiz aufgeben. Aber auch der Verkehr mit den vom Kriege nicht direkt betroffenen Ländern ist auf eine andere Basis gestellt gegenüber der Vorkriegszeit. Die im Kriege verarmten Länder machen hier durch Unterbietung eine ruinöse Konkurrenz. Kein Wunder also, wenn die Industrien der Schweiz in eine Krise geraten sind, aus der herauszukommen äußerst schwer ist. Und doch müssen Mittel und Wege gesucht werden, um diese Krise mit Erfolg bekämpfen zu können.

Da drängt sich nun mit Gewalt der Gedanke auf, daß eines dieser Mittel die Ausnützung unserer Wasserkräfte sein müsse. Unsere Flüsse und Seen sind eine nie versiegende Quelle von Energie, die bisher in ganz ungenügender Art und Weise ausgenützt wird. Während wir aus dem Ausland Jahr für Jahr ungeheure Mengen Kohle, 1920 für zirka 467 Millionen Franken, einführen zur Beschaffung mechanischer Energie für Fabriken, Bahnen und Dampfschiffe, für Heizung, chemische und metallurgische, ja sogar noch für Beleuchtungszwecke, bleiben große Energiequellen im eigenen Lande unausgebeutet. Könnte nicht durch Ausbau unserer Wasserwerke und Erzeugung elektrischer Energie die Kohleneinfuhr bedeutend vermindert, unsere Industrie mit billiger Energie, unsere Wirtschaft mit billigem Strom für kalorische Zwecke bedient werden? Der Versuch ist gemacht worden. Mächtige Wasserbauten sind angelegt, leistungsfähige Kraftwerke ge-

baut worden. Fast die ganze Schweiz verfügt über elektrische Beleuchtung, in den Städten und selbst in entlegenen Dörfern laufen elektrische Motoren. Auch unsere Bahnnetze werden in raschem Tempo elektrifiziert. Aber der Absatz elektrischer Energie hat doch nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung der Energie liefernden Werke. Erst ein Bruchteil der vorhandenen Wasserkräfte wird ausgebaut und schon ist eine empfindliche Stockung im Energieabsatz eingetreten. Heute schon erheben sich denn auch Stimmen, die vor einem zu raschen Tempo im Ausbau der Kraftwerke warnen. Man kann diesen Stimmen das Gehör nicht verschließen.

Der Grund für die Absatzstockung ist darin zu suchen, daß die Preise für elektrische Energie zu hoch sind, daß auch bei den gesteigerten Kohlenpreisen die Verwendung der Kohle zur Erzeugung mechanischer Energie in großen Etablissementen, zu Wärmezwecken, Kochen und Heizen noch bedeutend billiger ist als die Verwendung der elektrischen Energie unserer Kraftwerke. Nur auf dem Gebiete der Beleuchtung und der Kleinmotoren hat sich die Elektrizität siegreich behaupten können.

Das sind bemühende Erscheinungen vom Standpunkt der nationalen Wirtschaft aus betrachtet. Aufgabe der Volkswirtschaft muß es sein, zu untersuchen, ob es nicht möglich ist, die Verhältnisse so zu gestalten, daß wir nicht für Kraftbeschaffung vom Ausland abhängig bleiben, während unsere Energiequellen brach liegen. Daß man sich in allen Kreisen lebhaft für diese Dinge interessiert, das beweist die umfangreiche Polemik in der Tagespresse des letzten halben Jahres. Wir wollen in Kürze einige der aufgeworfenen Fragen beleuchten.

Ein Kraftwerk wird ohne Zweifel um so eher imstande sein, für industrielle und private kalorische Zwecke billige Energie zu liefern, je vollständiger es seine Wasserkraft ausnützen kann. Dieser vollen Ausnützung stellen sich aber nicht unbedeutende Hindernisse in den Weg. Vorab sei daran erinnert, daß der Stromverbrauch für elektrische Beleuchtung ein sehr unregelmäßiger ist. Zu gewissen Stunden des Tages und in gewissen Jahreszeiten steigt der Stromverbrauch für Beleuchtung sehr stark an, während er zu anderen Stunden und in anderen Jahreszeiten stark sinkt. Maximum und Minimum liegen sehr weit auseinander. Da die elektrische Energie nicht leicht, nur in gewissen Formen und dazu bei sehr bedeutenden Kosten aufgespeichert werden kann, müssen die Werke sich für die Lieferung des Maximums einrichten, auch wenn sie außerhalb der Spitzenzzeit für den Strom keine Verwendung finden. Beliefern die Kraftwerke außer den Beleuchtungsanlagen noch industrielle Etablissemente, so wird sich nur selten der Fall einstellen, daß die Stromlieferung an die Fabrik während der Zeit der maximalen Beanspruchung für die Beleuchtung ausgesetzt werden kann. Eine volle Ausnützung der Anlagen ist also nur für eine beschränkte Zeit möglich. Während der Nacht und während eines beträchtlichen Teiles des Tages kann nur ein Teil der verfügbaren Energie nutzbringend abgesetzt werden. Es bleibt also ein beträchtliches Quantum Energie, die als Abfallenergie bezeichnet wird. Diese Ab-

fallenergie nutzbringend zu verwenden, ist eine Aufgabe, die bei den meisten Werken noch ihrer Lösung harrt. Die unvollständige Ausnützung der Anlagen, die mangelhafte Verwendung der Abfallenergie und der Umstand, daß gerade im Sommer, wo das Bedürfnis für Beleuchtungsstrom gering ist, unsere Wasserläufe mehr Wasser führen als im Winter, schraubt die Gestehungskosten der verwertbaren Energie und deren Verkaufspreis ganz bedeutend in die Höhe.

Ein weiterer Umstand muß hier in Rechnung gezogen werden. Die Fälle sind selten, wo sich die Unternehmungen zum Bau neuer Kraftwerke schon vor Inangriffnahme der Bauten ein genügendes Absatzgebiet gesichert haben. In den meisten Fällen liegen die Dinge so, daß der Absatz erst allmählich wächst, ja erst im Verlaufe vieler Jahre so ansteigt, daß das neue Werk seine Energie normal verwerten kann. Während dieser Entwicklungszeit laufen die Zinsen aber von Anfang an. Diese Umstände belasten die Rechnung und stellen die Rentabilität in Frage. Stellen sich der normalen Ausdehnung des Absatzgebietes noch unvorhergesehene Schwierigkeiten entgegen wie in Zeiten der Krise, so wird für die Werke die Lage noch bedenklicher. Es ist klar, daß die so bedrängten Gesellschaften Mittel und Wege suchen müssen, um die drohende Gefahr abzuwenden.

Zunächst wird der Versuch gemacht werden, die zu normalen Preisen nicht absetzbare Energie zu billigeren, selbst weit unter den Gestehungskosten liegenden Preisen loszuschlagen. Besser ist es, wenig für diese Quote der Energie zu erhalten als gar nichts. Dieser Ausweg bietet aber nicht zu unterschätzende Gefahren. Einmal ist die Zahl der Interessenten für Abfallenergie beschränkt. Es kann sich ja nur um Industrien handeln, die ihren Betrieb den besonderen Verhältnissen anpassen können, die also ihren Stromverbrauch auf die Zeiten beschränken können, wo die Abfallenergie erhältlich ist. Dies ist zum Teil der Fall bei der Elektrochemie. Besser liegen die Verhältnisse für den Absatz noch verfügbarer konstanter Energie. Wird diese zu niedrigem Preise angeboten, so kann sie in Konkurrenz mit der Kohle in der Metallurgie verwendet werden. Da nun aber die Einrichtungen für elektrischen Betrieb der metallurgischen Werke kostspielig sind, so müssen solche Betriebe den Strom zu billigem Preise auf eine größere Zahl von Jahren garantiert erhalten. Damit ist aber anderseits den Elektrizitätswerken wenig geholfen. Einmal werden ihre Abonnenten für Strom zu normalem Preis auf Preisreduktion dringen, da sie sich gegenüber den Abnehmern von Dauerstrom zu niedrigem Preis benachteiligt fühlen. Dann kann das Elektrizitätswerk neu angemeldete Abonnenten zu Normalpreis nur soweit annehmen, als es sich selbst vergrößert. Ist der Ausbau vollendet, so ist auch das Abonnementenetz für Strom zu normalem Preis nicht mehr erweiterungsfähig bis zu dem Moment, wo die Verträge mit den begünstigten Abnehmern abgelaufen sind. Unterdessen haben sich aber die vorher abgewiesenen Interessenten großteils schon eingedeckt. Wird Energie dann trotzdem frei, so fehlt wieder die Kundsame und

notgedrungen werden die Verträge für Lieferung billiger Energie erneuert. Damit ist nichts gewonnen.

Bisher haben sich die Elektrizitätswerke dadurch zu helfen gewußt, daß sie gegenseitig ihre Absatzgebiete abgrenzten, also für ihr Gebiet fremde Konkurrenz fernhielten. Diese Monopolwirtschaft kann sich aber ohne Zweifel auf die Dauer nicht halten. Sie muß auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus verurteilt werden, soweit sie nicht auf staatlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Basis beruht. In Zeiten der Krise genügt aber die Interessengebietsabgrenzung auch dann nicht, wenn sie restlos aufrechterhalten werden kann.

Die Entwicklung, die der Markt für elektrische Energie in der Schweiz im Laufe der letzten zwei Jahre genommen hat, zeigt die Richtigkeit der oben gemachten Überlegungen. Um dem unhalbaren Zustand abzuhelfen, hat man zum Export der überschüssigen Energie ins Ausland gegriffen. Auf den ersten Blick scheint dieser Ausweg der gegebene. Wir haben in der Schweiz überschüssige elektrische Energie, also exportieren wir sie. Der Export kann um so unbedenklicher gestattet werden, als es sich um ein Produkt handelt, das sich nicht vermindert, sondern vorweg wieder ergänzt, um ein Produkt, das auch nicht beliebig aufgespeichert werden kann, sondern bei Nichtverbrauch in nichts zerrinnt. Die Freunde und Verteidiger des Exportes machen scheinbar mit Recht geltend, daß der Export auch bei sehr geringem Preis noch nutzbringend für unser Land sei, weil eben bei Nichtverwendung gar nichts dafür erhältlich sei.

Daß tatsächlich die Dinge nicht so einfach liegen, erhellt schon aus der starken Opposition, die sich gegen die Ausfuhr geltend macht.

Zunächst wenden sich die Gegner gegen den Export zu Preisen, die niedriger sind als die Preise, die im Inland für Energie gleicher Qualität bezahlt werden müssen. Sie machen geltend, daß durch derartige Energielieferung die Konkurrenz unserer Industrie im Ausland gestärkt werde. Ein Industriezweig, der im Ausland den elektrischen Strom aus der Schweiz zu günstigeren Bedingungen beziehen kann, wird versucht sein, sich dort anzusiedeln, wo er außerdem die übrigen Rohmaterialien billiger erhält als in der durch Einfuhrzölle belasteten Schweiz. Ein Beispiel dafür bieten die Lonzawerke in Waldshut. Diese mit billigem Schweizerstrom arbeitenden Werke haben in der Tat die Karbidwerke der Schweiz durch ihre Konkurrenz lahmgelegt.

Demgegenüber machen die Befürworter des Energieexportes geltend, daß nur wenig Energie für solche Zwecke exportiert werde, daß die meiste ausgeführte Energie im Ausland für Beleuchtungszwecke und den Betrieb von Trams, Kleinmotoren usw. verwendet werde. Hier sei von einer Konkurrenzierung der schweizerischen Industrie nicht die Rede. Dem Vorwurf, daß die Energie beim Export zu billig abgegeben werde, begegnen sie mit dem Nachweis, daß eben der Export nur bei Niedrighaltung der Preise möglich sei. Werden höhere Preise angesetzt, so haben die ausländischen Konsumenten kein Interesse mehr an der Energielieferung aus der Schweiz. Sie können sich die elekt-

trische Energie in eigenen Dampfanlagen zum nämlichen oder billigeren Preis selbst beschaffen.

Der Maximalpreis, der für Exportenergie erzielt werden kann, ist also abhängig vom Kohlenpreis. Dies gilt aber nicht nur für das Ausland, sondern auch für das Inland. Da bei uns die Kohlenpreise viel höher sind als im Ausland, kann auch bei uns für elektrische Energie ein viel höherer Preis gefordert werden als im Ausland. Die Argumentation ist schlüssig. Der Konsument elektrischer Energie im Inland wird sich allerdings sagen, es sei merkwürdig, daß er die gleiche Energie teurer bezahlen müsse als der Nachbar im Ausland, trotzdem die Energie in seiner Nähe erzeugt und daher billiger zu ihm geleitet werden könne. Der Trost wird bei ihm wenig verschlagen, daß er ja auch die anderen Rohmaterialien, Kohle, Eisen, Petrol usw. teurer bezahlen müsse als der Nachbar im Ausland. Die Logik der kapitalistischen Wirtschaft geht eben dem einfachen Bürger oft schwer ein. Vielleicht hilft dem betrübten Lohgerber, der seine Felle fortschwimmen sieht, der Gedanke über die böse Situation weg, daß es ihm noch viel schlechter gehen und er selber fortgeschwemmt werden könnte.

Dem Abonnenten des Kraftwerkes, der sich beklagt, daß er für seinen Strom das Mehrfache dessen bezahlen müsse, was man im Ausland für denselben Strom bezahle, wird vorgerechnet, daß er durch den Absatz der Exportenergie zu billigem Preis noch begünstigt werde. Würde der Export unterbunden, so müßte die Überschüssenergie unbenutzt gelassen und dafür der Preis der Energie für das Inland heraufgesetzt werden. Die Rechnung ist richtig, ebenso richtig aber auch der Gedanke des geplagten Inlandkonsumenten, der den Umstand verwünscht, daß er so nahe dem Kraftwerk wohnt oder gar noch Besitzer desselben ist. Es ist eben etwas Schönes um die Vollkommenheiten unseres Wirtschaftssystems.

Ist aber die oben gemachte Rechnung auch wirklich richtig?

Die Exportfreunde beweisen uns, daß wir an Energieüberschüß leiden, daß wir, um wenigstens etwas zu retten, diesen Überschüß zu Preisen ans Ausland abgeben müssen, die weit unter dem Gestehungspreis liegen. Wir aber heizen und kochen mit teurer Kohle, mit Kohle, deren Preis uns das Ausland diktiert unter Einrechnung eines Teils seiner Kriegsschulden. Wollen wir statt dessen elektrisch kochen und heizen, so machen uns die Elektrizitätswerke Preise für den Strom, die oft ein vielfaches des Preises für den Exportstrom ausmachen und die selbst mit der teuren Kohle nicht in Konkurrenz treten können. Nicht bloß das, man verweigert uns die Stromabgabe ganz oder für gewisse Tageszeiten für kalorische Zwecke mit dem Hinweis darauf, daß nicht genügend Energie vorhanden sei. Dieser Widerspruch ist in der Polemik über Zulassung oder Nichtzulassung des Energieexportes nicht gelöst worden. Widerlegen wir uns dem Export, so heißt es, es werde nur Abfallenergie ausgeführt. Mit Abfallenergie, die nur zeitweise und in sehr schwankenden Mengen geliefert werden kann, können aber in Mailand die Trams nicht betrieben werden, noch kann

die Versorgung ganzer Gegenden des Auslandes mit elektrischem Strom für Beleuchtung und Betrieb von Motoren bewerkstelligt werden. Wie soll man es aber verstehen, wenn die Elektrizitätsgesellschaften uns erklären, die Abgabe billiger Energie für kalorische Zwecke sei für sie ruinös, während sie Energie für beliebige Zwecke ins Ausland liefern zu illusorisch niedrigen Preisen? Wird sich das Schweizer Volk eine derartige Behandlung durch die Ausbeuter der dem ganzen Volke gehörenden, im Übermaß vorhandenen Wasserkräfte auf die Dauer gefallen lassen?

Aus solchen Erwägungen heraus wird man verstehen, warum bei Behandlung der Motion Grimm im Nationalrat der Bundesrat aufgefordert wurde, Ausfuhrbewilligungen für elektrische Energie nur unter der Bedingung zu erteilen, daß die auszuführende Energie vorher zu den gleich günstigen Bedingungen dem Inland zur Verfügung gestellt werde.

Und nun zu der Frage: Wie beeinflußt der Energieexport unsere Volkswirtschaft und welchen Einfluß hat er auf unsere politische Stellung zum Ausland?

Es ist in den eidgenössischen Räten und in der Presse immer und immer wieder die Behauptung aufgestellt worden, der Export werde nur unter solch schützenden Bedingungen gestattet, daß daraus unserer Volkswirtschaft und unserer Stellung zum Auslande kein Schaden erwachsen könne. Ist das möglich? Wir behaupten: nein! Die Elektrizität ist eine Ware, die nicht ohne weiteres mit anderen Handelswaren verglichen werden kann. Will ein Interessent im Ausland aus der Schweiz elektrische Energie beziehen, so muß zunächst vom Kraftwerk bis zur Grenze eine kostspielige Leitung erstellt werden. Der Interessent muß seinerseits zur Abnahme und Verteilung des Stromes weitläufige, kostspielige Installationen errichten. Das kann rationell nur geschehen, wenn ein Lieferungsvertrag auf längere Dauer abgeschlossen wird, auf eine Dauer, die wenigstens die vollständige Amortisation aller Anlagen erlaubt. Für diese Dauer ist die elektrische Energie der schweizerischen Volkswirtschaft entzogen, auch wenn letztere unterdessen dafür gute Verwendung hätte. Die Klauseln der Verträge, die dem entgegenstehen, bleiben praktisch wirkungslos. Erzwingt man die Anwendung der Klauseln, so wird der ausländische Abnehmer schwer in seinen Interessen geschädigt. Er wird sich so rasch als möglich anderwärts mit Energie versorgen. Dann werden die kostspieligen Leitungen an die Grenze überflüssig und belasten das liefernde Werk ungebührlich. Es sind in solchen Fällen auch Repressalien anderer Natur vom geschädigten Ausland zu erwarten. In Unbetracht dessen wird aber die Aufsichtsbehörde in den seltensten Fällen den Mut aufbringen, auf strikte Innehaltung der Vertragsklauseln zu dringen. Kommen noch Pressionen der ausländischen Regierung hinzu, so ist eine kraftvolle Haltung der eigenen Regierung um so weniger zu erwarten.

Es wird ferner behauptet, daß trotz der niedrigen Preise für Exportenergie der ausländische Konsument keine billigeren Strompreise zu bezahlen habe, als der inländische. Auch diese Behauptung kann nicht aufrecht erhalten werden, wenigstens dann nicht, wenn der Exportpreis, wie das fast durchwegs der Fall ist, unter dem Gestehungspreis im schweizerischen Kraftwerk steht, es sei denn, daß der Zwischenhandel abnorm hohen Zwischengewinn mache. Der ausländische Großbezüger muß sich aber auch seinerseits an die Kohlenparität halten, die im Ausland niedriger ist als bei uns, sonst wird er keinen Absatz für seine Energie finden. So stellt sich also der ausländische Konsument notwendiger Weise besser als der schweizerische. Das ist ein Faktor, der seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Schweizer hebt. Aus diesem Umstand erklärt sich die Tatsache, daß auch schweizerische Industrielle ihre Fabriken ins benachbarte Ausland verlegen, wo sie bessere Bedingungen für die Energielieferungen finden als in der Heimat. *Der Schaden für unsere Volkswirtschaft ist evident.*

Noch unheilvoller ist die Wirkung auf die internationale Stellung unseres Landes. Scheinbar bringt der Energieexport das Ausland in Abhängigkeit von uns, tatsächlich ist das Verhältnis umgekehrt. Wäre die Schweiz eine Großmacht, so würde der Reichtum an nutzbaren Wasserkräften ihre Machtstellung befestigen. Für die Schweiz als kleinen, neutralen Staat bringt dieser Reichtum nur Gefahren. Schaffen sich unsere Kraftwerke Absatzgebiete im Ausland, so sind sie nicht mehr frei in ihrer Tarifpolitik. Wir haben bereits gezeigt, warum sie das Ausland billiger beliefern müssen als das Inland. Durch die Lieferungsverträge werden die Werke trotz aller Klauseln zu konstanter Energielieferung gezwungen. Unterbindung der Lieferung würde die belieferten Auslandgebiete lahmlegen. Ein solcher Zustand würde aber vom mächtigen Nachbar als allzu lästig empfunden und nicht geduldet. Repressalien aller Art und gewaltsame Akte wären die Folgen. Wie wenig uns dabei unser Recht, festgelegt in den Klauseln der Verträge nützen würde, das hat uns das Vorgehen Frankreichs in der Zonenfrage mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt. Bei welcher Instanz soll sich die Schweiz Recht holen, wenn der mächtige Nachbar sich auf den Standpunkt stellt, daß er mir seine nationalen Interessen wahre?

So liegen die Dinge in Friedenszeit. Im Falle eines Krieges zwischen der Schweiz benachbarten Mächten werden die Verhältnisse noch schlimmer. Da die Elektrizität zur Herstellung von Kriegsmaterial in hohem Maße Verwendung findet, wird der Schweiz als neutralem Land die Lieferung elektrischer Energie kraft ihrer Neutralität untersagt sein. Der Abbruch der Lieferung wird aber vom betroffenen Land ohne allen Zweifel als feindseliger Akt aufgefaßt werden, unbekümmert darum, ob die Lieferungsverträge eine diesbezügliche Klausel enthalten oder nicht. Ist der mit Stromentzug bedrohte Staat mächtig genug, so wird er sich unter Missachtung der Neutralität einfach der Gebiete bemächtigen, aus welchen die Energie stammt. *Die Neutralität der Schweiz wird also*

durch den Energieexport aufs Ernsthafteste bedroht.

Wir sehen also, daß der Export elektrischer Energie unsere Volkswirtschaft schädigt, wenn er zu Preisen erfolgt, die niedriger sind als die Gestehungskosten und daß er die Unabhängigkeit und neutrale Stellung der Schweiz bedroht.

Was sollen wir daraus schließen? Soll die Schweiz ihre großen Wasserkräfte unausgenützt lassen, oder wenigstens nur so weit ausbauen, als dies der Landesbedarf an elektrischer Energie erfordert?

Das Letztere könnte geschehen, wenn die Unternehmungen der Kraftwerke einmal sich darauf beschränken wollten, im Bau neuer Werke nur so weit zu gehen, als sie sich im Inland zum Voraus für die zu gewinnende Energie dauernden Absatz gesichert haben, wenn sie ferner die Finanzierung durch Heranziehung von Bund, Kantonen, Gemeinden und inländischen Genossenschaften vom internationalen Kapitalmarkt unabhängig machen würden. Vor Erteilung der Konzession müßte neben dem Finanzausweis der Ausweis über gesicherten Absatz im Inland geleistet werden. Ferner müßten diese Werke ganz in den Dienst der nationalen Wirtschaft gestellt und jede Erzielung von Gewinn ausgeschaltet werden. Alle Kreise der Bevölkerung sind derart an der Beschaffung elektrischer Energie interessiert, daß die Forderung wohl berechtigt erscheint, Gewinnung und Verteilung derselben als Domäne der Volkswirtschaft der kapitalistischen Profitwirtschaft zu entziehen. Dann wäre allerdings nicht daran zu denken, daß unsere Wasserkräfte in nächster Zeit voll ausgenützt würden. Wohl aber könnte eine Preispolitik in die Wege geleitet werden, die der Verwendung der Elektrizität für calorische Zwecke in Industrie und Haushaltung die Wege ebnen und den Kohlenverbrauch des Landes wirksam beschränken würde.

Wir haben in unserem Lande ein ausgedehntes Straßennetz gebaut, das große Summen für Errichtung und Unterhalt erfordert und das keine Erträge abwirft. Man hat das getan ausgehend von der Erwägung, daß die Straßen für unsere Wirtschaft unbedingt nötig sind, daß sie allen in gleicher Weise dienen. Niemand denkt daran, aus dem Straßenwesen einen Betrieb auf kaufmännischer Basis zu machen. Die Elektrizität ist heute für die Wirtschaft und den einzelnen Bürger so unentbehrlich geworden, daß es nicht vermessen erscheinen kann, wenn man auch in der Elektrizitätswirtschaft vom kapitalistischen System zum gemeinwirtschaftlichen überzugehen beantragt.

Allerdings die heutige durch und durch reaktionäre Strömung ist einem solchen Gedanken nicht förderlich. Spricht man ja heute sogar davon, Betriebe wie Eisenbahnen, Post, Telegraph, Telephon usw. aus dem gemeinwirtschaftlichen wieder zum privatwirtschaftlichen System zurückzuführen. Immerhin möge der Gedanke ausgesprochen werden. Vielleicht kommt ein späteres Geschlecht darauf zurück.

Nun haben wir noch eine andere Frage zu behandeln.

Würde die Schweiz dadurch vor begehrlichen Wünschen der Nachbarn geschützt, daß sie vom Export elektrischer Energie absiehen und sich auf den Ausbau der Wasserwerke für den eigenen Bedarf beschränken und die übrigen Wasserkräfte brach liegen lassen würde?

Solang nicht im internationalen Verkehr der Völker die Herrschaft der Gewalt durch die Herrschaft des feststehenden Rechtes ersezt ist, muß auch diese Frage verneint werden. Beispiele aus der neuesten Geschichte zeigen, daß Gebiete mit noch ungehobenen Natur-schäzen vor Angriffen durch begehrliche Großmächte nicht sicher sind. Die Goldminen sind Transvaal verhängnisvoll geworden. Um ihrer Bergwerke willen wurde das Sargebiet, wurden die Rheinlande und Westphalen besetzt. Wenn ein mächtiger Nachbar findet, daß er zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung unserer Wasserkräfte benötigt, so findet er sicher einen Vorwand, sich das zu nehmen, was man ihm nicht freiwillig gewährt. Daz die anderen Nachbarn das verhindern werden, ist weniger vorauszusehen, als daß sie die Gelegenheit wahrnehmen, auch für sich einen Teil des Raubes zu sichern.

Wir können uns einrichten wie wir wollen, stets bilden die reichen Wasserkräfte für uns eine Gefahr, solange Europa das bleibt, was es heute ist, ein Kontinent, wo die einzelnen Nationen sich beneiden, sich politisch und wirtschaftlich befehdten zum Vergnügen und Nutzen der neuen Welt, die sich den Luxus des einzelstaatlichen Nationalismus nicht leistet. Diese Überlegungen sollten uns endlich klar sehen lassen, wohin wir in Europa treiben.

Durch den schrecklichsten aller bisherigen Kriege haben sich die Völker Europas gegenseitig ruiniert. Die Neutralen sind naturgemäß mit ins Verderben hineingerissen worden. Was der Krieg begonnen, hat die Nachkriegszeit glücklich zu Ende geführt. Sieger, Besiegte und Neutrale stehen vor dem Zerfall. Europa, einst das Zentrum der Weltwirtschaft, ist auf dem besten Wege, sich auch der letzten Möglichkeiten eines Wiederaufstieges zu berauben. Die düsteren Prophezeiungen des Untergangs des Abendlandes gehen ihrer Erfüllung entgegen. Warum mußte das so kommen?

Die Erfahrungen, die wir mit unserer Wasserwirtschaft gemacht haben und noch machen, geben uns einen Fingerzeig, wo die Antwort auf die Frage gesucht werden muß. Die wirtschaftliche Entwicklung hat in Europa die politische Entwicklung weit überholt. Dieses ungleiche Wachstum zweier organisch eng mit einander verbundenen Gebilde mußte zur Katastrophe führen. Eine Wirtschaft in engen Grenzen ist heute gar nicht mehr möglich. Hält man die Grenzen trotzdem aufrecht, so muß die Wirtschaft leiden, ja schließlich zu Grunde gehen. Die Völker Europas sind wirtschaftlich aufeinander und auf die Völker anderer Weltteile angewiesen. So wie heute die Verhältnisse liegen, sieht sich jedes Land gehemmt und eingeengt. Es versucht sich Luft und freien Raum zu schaffen. So entstehen gefährliche Reibungsflächen, die immer und immer wieder zu Konflikten führen müssen.

Die Furcht vor solchen Konflikten zwingt alle Länder, groß und klein, ungeheure Summen für militärische Rüstungen auszugeben und stets einen beträchtlichen Teil der für die Wirtschaft wertvollsten Arbeitskräfte für rein unproduktive Tätigkeit zu verwenden. Schon allein der Umstand macht die Lage der europäischen Länder inferior gegenüber denjenigen der außereuropäischen Länder, die diese Lasten in ungemein geringerem Maße zu tragen haben. Aber nicht genug damit. Die europäischen Länder sehen sich zur Wahrung ihrer „Selbständigkeit“ gezwungen, Zweige ihrer Wirtschaft durch Schutzzölle und Subventionen aufrecht zu erhalten, die am Maßstab der Weltwirtschaft gemessen längst nicht mehr wirtschaftlich genannt werden können. Dabei existiert tatsächlich diese „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ gar nicht mehr. Kein Land Europas vermag sich heute mehr in seiner Wirtschaft unabhängig zu erhalten. Politisch Unabhängigkeit und Selbständigkeit ohne wirtschaftliche gibt es aber einfaech nicht. Man täuscht sich etwas als bestehend vor, was längst verloren gegangen ist. Die Geldwirtschaft ist vollständig international. Das Großkapital beherrscht tatsächlich die Situation. Es bildet eine Macht, von der die politischen Staaten gebildet abhängig sind. Je mehr diese Staaten im Kampfe um eine nur noch scheinbare Unabhängigkeit sich bekämpfen, um so besser gedeihen die Geschäfte der Großfinanz.

Die Kosten dieser Kämpfe aber bezahlen die Völker. In ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sind sie gehemmt. Selbst die Natur- und Bodenschätze des eigenen Landes werden ihnen gefährlich, da sie die Begehrlichkeit der anderen Völker reizen. Von dem, was die Wirtschaft abwirft, werden Tribute erhoben, gegenüber denen der Zehnten des Mittelalters eine Kleinigkeit bedeutet. Den ersten und größten Tribut fordert das internationale Kapital, das die Produktionsmittel monopolisiert hat. Einen zweiten großen Tribut fordert der Staat zum Schutze einer problematischen Unabhängigkeit. Einen weiteren Tribut stellt derjenige Ausfall an Produktion dar, der durch die politische Abschließung der Länder gegeneinander verursacht wird. Es bleibt so wenig übrig, daß tatsächlich die Völker verarmen.

Rehren wir zu unseren Wasserwerken zurück. Wir haben im Lande einen gewaltigen Reichtum an Wasserkräften. Um den Schatz zu heben, brauchen wir Kapital. Die internationale Hochfinanz schreibt uns die Bedingungen vor, unter denen dieses Kapital beschafft werden kann. Wir setzen unsere Wasserkräfte in elektrische Energie um, wofür unsere Wirtschaft große Aufnahmefähigkeit aufweist. Damit aber die Anlagen Profit abwerfen, werden die Energiepreise so hoch gehalten, daß die Verwendung der Energie nur in beschränktem Maße erfolgen kann. Obwohl Energie im Überfluss vorhanden ist, darf das freie Spiel von Angebot und Nachfrage sich nicht ungehemmt entwickeln. Die Interessen der Geldgeber verlangen, daß zur Haltung der Preise ein großer Teil der Energie nutzlos verloren geht oder zu Schleuderpreisen ins Ausland abgegeben wird. Mit anderen Worten, wir haben die Verfügung über unsere Landesschätze nur soweit, als dies den

Interessen des Großkapitals paßt. Könnten wir unsere Energie in vollem Umfange zu einem einheitlichen Preise, abgesehen vom Lichtstrom, verwerten, so würde dadurch der Gestehungspreis einer Reihe industrieller Produkte herabgesetzt, die Unterkosten für Beleuchtung und Heizung vermindert. Die Kleinheit unseres Landes verbietet aber die Verwertung aller elektrischer Energie im eigenen Lande. Das Ausland macht sich seine geringeren Kohlenpreise zu nutze und bietet uns für die Exportenergie Preise an, die unter unseren Selbstkosten stehen. Exportieren wir trotzdem, so haben die Abnehmer im eigenen Lande den Ausfall zu bezahlen und dazu die Folgen zu tragen, die aus der erhöhten Konkurrenzfähigkeit des belieferten Auslandes entstehen. So wird unser Reichtum an Wasserkräften dank der bestehenden Ordnung der internationalen Wirtschaft uns zum Schaden.

Wie es uns mit den Wasserkräften ergeht, so anderen Ländern mit anderen Naturschäden. Und in allen Ländern sind die produktiven Teile der Bevölkerung die Leidtragenden, während die von den Erfügnissen ihrer Kapitalien lebenden Teile einen Ausgleich finden darin, daß das Kapital auf der ganzen Welt unbedingte Freizügigkeit hat. Der Nachteil der Einteilung Europas in wirtschaftlich sich bekämpfende Länder fällt also restlos auf diejenigen, die die Träger der Produktion sind. So versteht es sich, daß die anderen, die nicht Betroffenen, mit Aufwand der letzten Kräfte jeden Versuch zur Einigung der Staaten, zur Aufhebung der wirtschaftsfeindlichen Zollgrenzen, Beseitigung des Militärs bekämpfen. Die offen ausgegebene Parole lautet: Aufrechte Haltung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Landes, Schutz der nationalen Eigenart! Die nicht offen proklamierte Parole dagegen: Schutz des Eigentums und der kapitalistischen Weltordnung! Zu ihrem eigenen Unheil und Verderben lassen sich die Völker Europas noch immer durch die Sirenenklänge der Patrioten betören. Zwar sollte ein Blinder endlich einsehen, daß die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Länder längst dahin ist. Die sich mächtig entwickelnde Wirtschaft hat das zu eng gewordene nationale Kleid längst gesprengt. Heute stehen sich Orte, die Tausende von Kilometern von einander entfernt sind, dank der Entwicklung des Verkehrswesens wirtschaftlich näher als noch vor hundert Jahren Orte mit nur 100 Kilometern Entfernung. Wo künftlich die Abschließung aufrecht erhalten wird, geschieht es zum Schaden aller Teile....

Die Länder Europas leiden schwer unter dieser Abschließung, unter den zwischen ihnen aufgerichteten Schranken, die den Bedürfnissen der Neuzeit durchaus nicht mehr entsprechen. Tausend Wunden blutend, geschlagen durch den Krieg und die nachkriegszeitlichen Verhältnisse, fahren Europas Völker fort, nationalen Dünkel zu pflegen, Hass und Erbitterung gegen einander zu schüren. Die eigene Not wird auf das Schuldkonto des Gegners geschrieben. Von ihm werden Reparationen verlangt, die wegen des allgemeinen Zerfalls der Wirtschaft nicht geleistet werden können. Dass einzig eine ungeheure, mit allen Kräften, von allen Völkern unseres Kontinents gemachte

Anstrengung Europa vor wirtschaftlicher Vernichtung, vom Herabsinken zur politischen Bedeutungslosigkeit retten könnte, will man nicht einsehen. Man erwartet Hilfe von Amerika, ja fordert sie von dort. Man bedenkt nicht, daß Amerika sich lange besinnen wird, ehe es einem Erdteil Hilfe bringt, der fortfährt, alles, was er noch aufstreiben kann, dem Hass zu opfern in unerhörten Rüstungen zu neuen Kriegen, neuer Vernichtung.

Hilfe kann und darf nur derjenige beanspruchen, der seinerseits alles tut, um aus der Not herauszukommen. Europa tut das nicht. Nicht allein die Großmächte machen sich schuldig, auch die kleinen Staaten lassen es an Anstrengungen fehlen, Europa vom Wege des Verderbens abzubringen. Zusammenschluß aller europäischen Länder, die ohne direkte Schuld durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden sind, zu gemeinsamem Handeln müßte, wenn nicht auf die Regierungen, so doch auf die Völker der Großmächte nachhaltigen Eindruck machen. Es scheint, daß der Untergang Europas unvermeidlich ist. Er wird es sein, wenn nicht aus allen Völkern diejenigen sich zusammenschließen, welche die ganze Schwere des heutigen Zustandes erkannt haben.

Raum ist es zu fassen, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch erst Österreichs, dann Deutschlands die Völker des übrigen Europa nicht hat aufwachen lassen. Licherloß brennt das Nachbarhaus, keine Minute sind wir sicher, daß nicht die Flamme auf unser Haus überschlägt und doch wird nichts getan, um dem Feuer Einhalt zu tun. Solange noch irgend etwas aus dem brennenden Haus zu holen war, wurde die Gelegenheit nicht benutzt. Heute endlich entschließt man sich, mit wahrhaft unzulänglichen Mitteln dem gänzlich abgebrannten, vom Hunger zur Verzweiflung getriebenen Nachbar zu Hilfe zu eilen.

Warum sind unsere Völker auf so tiefe Stufe gesunken? Warum kann sich Europa nicht mehr zu einer wichtigen Rettungsaktion aufschwingen? Es ist der alles verseuchende Krämergeist, der Geist des Kapitalismus, der Europa riuniert und zur Ohnmacht verdammt hat. Die Finanzmächte, die den Krieg finanziert haben, die heute wieder aus der Rüstungsindustrie ungeheure Gewinne ziehen, die das Mark der schwer verschuldeten Völker aussaugen, sind es, die eine Aussöhnung der Völker verhindern. Aufgabe der Rüstungen, Aufhebung der hemmenden Zollgrenzen, Befreiung der Völker von der Kette des nationalen Chauvinismus würden ihre Machtstellung, ihre Herrschaft über die Regierungen bedrohen.

Diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß eine wirksame Rettungsaktion für Europa die Beseitigung der bestehenden rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlangt. Vielleicht muß aber Europa selbst fallen, bevor diese Umstellung erfolgen kann. Was auch kommen mag, wir halten den Glauben an den endlichen Sieg des sozialen Gedankens aufrecht. Die Weltgeschichte hat öfter solche Perioden schwärzester Reaktion, wie wir eine durchmachen, gesehen, immer ist noch ein Schritt vorwärts darauf gefolgt.